

PRESSEMITTEILUNG 132 – 26.06.2026

Birte Pauls

## **Lindaunisbrücke: Die Günther-Regierung darf keinen Blankoscheck ausstellen**

Zur Kleinen Anfrage zur Kostenentwicklung beim Neubau der Schleibrücke Lindaunis erklärt die für die Schleiregion zuständige Abgeordnete der SPD-Fraktion, Birte Pauls:

„Die neue Schleibrücke Lindaunis ist zweifelsohne wichtig. Davon profitieren neben den Menschen in der Region, vor allem auch Pendlerinnen und Pendler, der Tourismus sowie die Wirtschaft. Wer für Infrastruktur ist, muss erst recht für eine saubere Planung und Kostenkontrolle sorgen. Mit dieser Landesregierung erleben wir das genaue Gegenteil.

Aus ursprünglich rund 47 Millionen Euro sind inzwischen sage und schreibe bis zu 246 Millionen Euro geworden. Hier kann von einer normalen Kostenfortschreibung keine Rede mehr sein. Das ist eine Kostenexplosion!

Besonders bitter ist, dass das Land nach dem vereinbarten Schlüssel 68 Prozent - also den Großteil - der Kosten trägt. Damit geht es zugleich um sehr viel Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler Schleswig-Holsteins. Der Versuch der Landesregierung, sich bequem hinter der Deutschen Bahn zu verstecken, ist also unzulässig. Wer den größten Teil bezahlt, muss auch mit größter Sorgfalt kontrollieren.

Stattdessen steht in der Kleinen Anfrage schwarz auf weiß, dass eine vollständige Übersicht über Bauunterbrechungen und deren Kosten fehlt. Außerdem werden weitere Kostensteigerungen ausdrücklich nicht ausgeschlossen. Transparenz und verantwortungsvolle Kostenkontrolle sehen anders aus!

Wir fordern von der Landesregierung jetzt die unverzügliche Vorlage eines verbindlichen Fahrplans gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit sowie ein transparentes und konsequentes Kostencontrolling bis zur Fertigstellung. Der sorglose Umgang mit dem hart verdienten Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in diesem Land muss endlich aufhören!

Bemerkenswert ist zudem, dass die Zahlen zur Lindaunisbrücke ausgerechnet an dem Tag veröffentlicht werden, an dem wir die Antworten auf unsere Kleine Anfrage erhalten haben. Umso wichtiger ist es, dass wir die nun offenen Fragen im Wirtschaftsausschuss in der kommenden Woche klären. Ich habe das Thema dort vorsorglich auf die Tagesordnung setzen lassen. Dieser ganze Vorgang bedarf einer gründlichen Aufarbeitung!“